

2016-07-20

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 22.06.2016

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:18 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Leitung der Sitzung: Herr Lothar Ehm Stadtratsvorsitzender
Herr Frank Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Angelika Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: Soll: 50 Ist: 43

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland	Entschuldigt
Kolze, Jens	Entschuldigt
Müller, Christa	Entschuldigt
Schwabe, Jörg	Entschuldigt

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans	Entschuldigt
-----------------	--------------

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Meier, Klaus	Entschuldigt
--------------	--------------

Fraktion der AfD

Mrosek, Andreas	Entschuldigt
-----------------	--------------

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 36 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Verpflichtungserklärung des Stadtrates André Schlecht-Pesé

Herr André Schlecht-Pesé gab mit Erscheinen (nach dem Tagesordnungspunkt 5.2) folgende Verpflichtungserklärung ab: „Ich verpflichte mich, meine Amtspflichten als Ratsmitglied nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.“

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass die in den Tagesordnungspunkten 8.1 und 8.2 eingeordneten Beschlussvorlagen vor 18:00 Uhr behandelt werden müssen, um die öffentliche Bekanntmachung der Offenlage zu sichern. Diese Beschlussvorlagen werden deshalb, wie in der Einladung zur Sitzung vermerkt, nach der Einwohnerfragestunde behandelt.

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen (35:00:00).

4 Genehmigung der Niederschrift vom 25.05.2016

Herr Grey, NPD, legte dar, dass im Redebeitrag von Herrn Behrendt in der Einwohnerfragestunde Anmerkungen fehlen, die ergänzt werden sollen. Er übergab an den Vorsitzenden des Stadtrates ein entsprechendes Schriftstück. **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, erklärte, dass die Ausführungen zu diesem Protokoll genommen werden (Siehe Anlage zur Niederschrift).

Anmerkungen des Protokolls: Ein Abgleich der Tonbandaufzeichnung, der Sitzungsniederschrift und der schriftlich eingereichten Anmerkungen ergab, dass die von Herrn Behrendt gestellten Fragen Bestandteil der Niederschrift vom 25.05.2016 sind. Die von Herrn Behrendt zu Beginn und zum Ende seines Redebeitrages identischen Fragen wurden in der Niederschrift nicht doppelt aufgeführt.

Die an den Oberbürgermeister gerichtete Bemerkung: „Es ist nicht das erste Mal, dass ich Probleme mit den Antworten der Stadtverwaltung habe. Immer wieder wird versichert, man wolle die Probleme abstellen, trotzdem immer wieder das Gleiche“, wurde nicht als Frage oder für die Niederschrift relevanten Inhalt (gemäß § 58 Abs. 1 der Kommunalverfassung LSA und des § 15 der Geschäftsordnung) gesehen.

Die Niederschrift wurde genehmigt (32:00:03).

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtete über folgende Ereignisse:

Rückblickend auf Veranstaltungen und Höhepunkte in der Stadt Dessau-Roßlau verwies Herr Oberbürgermeister Kuras darauf, dass er am 9. Juni 2016 zum zweiten Dessauer Wirtschaftsforum im Technikmuseum die Vertreter der einhundert größten und umsatzstärksten Unternehmen des Landes begrüßen konnte. Vertreter aus Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen sowie Abgeordnete des Bundes- und des Landtages waren ebenfalls anwesend. Die Veranstaltung bot sowohl eine Plattform für branchenspezifische und branchenübergreifende Gespräche als auch für Gespräche zwischen Vertretern aus Politik und Verwaltung. Mit diesem Forum ist es gelungen, die öffentliche Wahrnehmung des dritten Oberzentrums zu erhöhen und den Wirtschaftsstandort Dessau-Roßlau überregional interessanter zu machen. Er dankte allen Organisatoren und Unterstützern (GETEC-Gruppe, DVV-Stadtwerke, Amt für Wirtschaftsförderung) für diese gelungene Veranstaltung. Vom Geschäftsführer der Investitionsbank, Herrn Maas, hat die Stadt einen Zuwendungsbescheid über 80 T€ erhalten, um ein gesamtwirtschaftliches Zukunftskonzept für unsere Stadt Dessau-Roßlau erarbeiten zu können.

Ein weiteres Treffen von überregionaler Bedeutung war die 47. Jahrestagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Verfassungsgerichte des Bundes und der Länder. Die Tagung selbst fand in Wörlitz statt. Die Tagungsteilnehmer konnten am 3. Juni 2016 im Technikmuseum „Hugo Junkers“ begrüßt werden, die dorthin einer Einladung des Landtagspräsidenten von Sachsen-Anhalt, Herrn Hardy Peter Güssau, folgten. Hier konnten bestehende Kontakte gefestigt werden. Auch seitens des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Herrn Dr. Voßkuhle, gab es positive Rückmeldungen zu unserer Stadt.

Ein weiteres Ereignis mit positiver Ausstrahlung über die Stadtgrenzen hinaus war der Aufstieg unserer Handballer, der 1. Männermannschaft des DRHV 06 in die zweite Bundesliga. Anlässlich des Aufstiegs wurden Trainer und Mannschaft, der Vereinsvorstand, der Wirtschaftsrat, der zeitweilige Ausschuss zur Begleitung des Sanierungskonzeptes, das Sportmarketing Dessau-Roßlau sowie ehrenamtliche Helfer am 1. Juni 2016 zu einem Empfang in den Ratssaal eingeladen. Nach der Ehrung trugen sich Spieler und Trainer in das Ehrenbuch der Stadt ein.

Ein Ereignis anderer Natur war die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft der Kurt-Weill-Gesellschaft an Professor Dr. Guy Stern während eines Festaktes am 3. Juni 2016 im Anhaltischen Theater. Die Kurt-Weill-Gesellschaft würdigte damit das außergewöhnliche Engagement, mit dem Guy Stern das Ansehen an Kurt Weill in ganz besonderer Weise gefördert hat. Guy Stern, der Vizepräsident der Kurt-Weill-Foundation in New York, hat dabei geholfen, die Lebensspuren Kurt Weills in Dessau wieder sichtbar zu machen, sein Schaffen im Kurt-Weill-Zentrum zu dokumentieren sowie die Bedeutung seiner Musik einem größeren Publikum zuzuführen. Guy Stern hat wesentlich mitgewirkt, dass überhaupt das Kurt-Weill-Fest in Dessau stattfinden kann.

Am 10. Juni erinnerten Vertreter aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft im Stadtpark an ein dunkles Kapitel der jüngeren Stadtgeschichte. An der Gedenkstele des ermordeten Alberto Adriano wurden Blumen niedergelegt und in würdiger Weise der Opfer rassistischer und anderer Gewalttaten gedacht. Diese Taten sind schrecklich und verabscheuungswürdig. Aber sie haben auch in der Bürgerschaft und in der Politik einen positiven Prozess in Gang gesetzt – nämlich ein aktives Handeln für die freiheitliche demokratische Grundordnung und für ein freiheitliches und demokratisches Dessau-Roßlau.

Zum **aktuellen Arbeitsstand** kommend ging Herr Oberbürgermeister Kuras zunächst auf die Stadtmarketinggesellschaft ein, die am 1. Juni 2016 ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie hat ihren Sitz momentan noch im Rathaus. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten läuft auf Hochtouren. Es gibt verschiedene Optionen im innerstädtischen Bereich. Bis Ende Juni soll die Entscheidung über das künftige Domizil gefallen sein.

Südschwimmhalle: Bereits in der letzten Sitzung des Stadtrates wurde über die ersten bauvorbereitenden Maßnahmen informiert. Am heutigen Vormittag konnte der Beginn der eigentlichen Bauphase mit dem ersten Spatenstich eingeleitet werden. Das Los „Rohbau“ wurde beauftragt. Der Aufbau der Wasserhaltung und die Herstellung der Bohrpfahlgründung haben begonnen. Die Erdarbeiten beginnen Mitte Juli 2016.

Bewerbungskonzept Landesgartenschau: Als Abschluss der Beteiligung der Öffentlichkeit fand am 8. Juni 2016 eine Veranstaltung mit Kulturvereinen statt. Am 28. Juni 2016 laden wir zur 2. Bürgerversammlung in die Marienkirche ein. Ab 18 Uhr wird dort u. a. das Funktions- und Gestaltungskonzept vorgestellt.

Schadebrauerei: Die Rückbauarbeiten sollen im Juli 2016 abgeschlossen werden. Während der letzten Abbrucharbeiten wurden zwei Brunnen gefunden, die jetzt in enger Abstimmung zwischen Investor und Umweltamt rückgebaut und verfüllt werden.

Muldebrücke: Der 2. Betonierabschnitt am westlichen Widerlager ist ausgeführt. Das Widerlager ist somit bis zum Überbauanschluss fertiggestellt. Der Mittelpfeiler ist komplett fertig. Die Gründungsarbeiten für das östliche Widerlager sind abgeschlossen. Bei einigen Trägerteilen des Überbaus erfolgen noch Korrosionsschutzarbeiten. Ansonsten ist die Fertigung der Stahlträger im Werk Niesky abgeschlossen. In der

vergangenen Sitzung des Stadtrates wurde bereits über bestehende Probleme zu Beginn der Bauphase informiert, die dazu geführt haben, dass die Stadtverwaltung mit der bauausführenden Firma im Streit ist. Eine einvernehmliche Lösung ist noch nicht zustande gekommen. Ende Juni soll ein weiterer Erörterungstermin stattfinden.

Schloss Georgium: Die Vorplanung für den 3. Bauabschnitt wird im Juli beendet. Unser Ziel ist es, einen Maßnahmebeschluss in den ersten Stadtrat nach der Sommerpause einzubringen. In der letzten Sitzung wurde mitgeteilt, dass Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Investitionen in Nationale Projekte des Städtebaus 2016“ beantragt wurden. Die Förderentscheidung aus diesem Programm wird im Juli 2016 erwartet. Die Sieger werden anschließend aufgefordert, einen ausführlichen Förderantrag zu stellen.

Breitbandausbau: In der letzten Stadtratssitzung wurden die technischen, zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten des Breitbandausbaus vorgestellt. In der heutigen Sitzung ist eine Beschlussvorlage eingebracht, die den Weg für weitere Planungen und für die Beantragung von Fördermittel beim Bund und beim Land freimachen soll.

Asylsituation: In diesem Jahr wurden bisher 186 Personen in der Stadt Dessau-Roßlau aufgenommen. Aktuell werden an 798 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt. Für die dezentrale Unterbringung stehen weiterhin ausreichend Wohnungen zur Verfügung. Das Jugendamt ist derzeit für 37 unbegleitete minderjährige Ausländer zuständig. 18 von ihnen sind dezentral bei Verwandten untergebracht. 11 dieser jungen Menschen leben in der Einrichtung in der Puschkinallee 29 in Dessau. In der Waldstraße in Roßlau sind derzeit nur noch 8 Jugendliche untergebracht. Über die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in der Waldstraße 15 wird heute noch zu befinden sein. Zu diesem Thema findet morgen eine Informationsveranstaltung in der Elbe-Rosel-Halle, um 17.00 Uhr statt.

Einbürgerungen:

Seit dem letzten Bericht am 22. März 2016 wurden sechs Personen (vier Frauen und zwei Männer) eingebürgert. Sie stammen aus der Ukraine, aus Weißrussland, aus der Tschechischen Republik und aus Marokko.

Weitere Meldungen liegen aus folgenden Bereichen vor:

Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus

Am 31. Mai 2016 wurde einer Berliner Agentur (der Agentur „planen und gestalten Götzelmann Middel Schuhmann GbR“) der Auftrag für die Gestaltung der Genehmigungsplanung eines Gesamttouristischen Leit- und Informationssystems für Dessau-Roßlau erteilt. Das Auftragsvolumen umfasst eine Höhe von 152.000 €. Die inhaltliche Bearbeitung wird im Rahmen von Workshops besprochen und die Zwischen- und Abschlussergebnisse werden in verschiedenen Gremien präsentiert. Für das Gesamtprojekt - mit einem Investitionsvolumen von 684.000 € - liegt eine Fördermitelzusage in Höhe von 60 % vor. Bereits am 09. Oktober 2013 fasste der Stadtrat den Grundsatzbeschluss für dieses Projekt.

Am 2. Juni 2016 luden die Wohnungsgenossenschaft Dessau e. G. und die Wirtschaftsförderung Dessau-Roßlau zum 10. „Turbo Breakfast Dessau-Roßlau“ ein. Der Austragungsort war der neu errichtete Wohnkomplex der Genossenschaft in der

Gropiusallee. Dieser Einladung waren über 100 Unternehmerinnen und Unternehmer aus unserer Stadt gefolgt. Begrüßt wurden die Teilnehmer vom Beigeordneten Dr. Robert Reck. Er nutzte die Gelegenheit, um auf die neue Internetpräsenz der Wirtschaftsförderung (www.dessau-rosslau-wirtschaft.de) hinzuweisen. Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, stellte die Ergebnisse der Studie „Zukunft Wohnen“ dar. Passend zum Veranstaltungsort konnte im Anschluss ein Rundgang durch drei der bezugsfertigen, modernen Wohnungen durchgeführt werden. Herr Oberbürgermeister Kuras verwies darauf, dass sich Frau Schlonski derzeit im Krankenstand befindet und übermittelte herzliche Genesungswünsche.

Am 13. Juni 2016 nahm die im Saal anwesende Frau Bärbel Schärff ihre Tätigkeit als Leiterin des Amtes für Wirtschaftsförderung auf. Herr Oberbürgermeister Kuras wünschte ihr viel Erfolg und Freude mit ihrer neuen Aufgabe.

Jugendamt:

Am 08. Juni 2016 fand im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration das Erörterungsgespräch zum Programm „Regionales Übergangsmanagement Sachsen-Anhalt – RÜMSA“ statt. Das sehr gute Umsetzungskonzept der Stadt Dessau-Roßlau wurde gelobt. In den kommenden Wochen wird der formale Antrag beim Landesverwaltungsamt gestellt. Der Beginn des Programms ist für das IV. Quartal vorgesehen. Damit wird die Grundlage für ein verbessertes Übergangsmanagement von der Schule in die Ausbildung geschaffen.

Das Jugendamt der Stadt hat sich mit dem Film „Du fühlst Dich wie ein Splitter...“ am 7. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ beteiligt. Mit diesem Beitrag gehört die Stadt zu den Preisträgern des Wettbewerbs. Die Preisverleihung findet am heutigen Tag in Berlin statt. Er dankte und gratulierte dem Jugendamt.

Städtepartnerschaften:

Am diesjährigen Heise-Kunstpreis hat die Künstlerin Ivana Kubikova aus unserer tschechischen Partnerstadt Roudnice mit Erfolg teilgenommen. Eine Auswahl ihrer Arbeiten wird in der BrauArt-Ausstellung im September zu sehen sein.

Ebenfalls erfolgreich waren die jungen Fußballer der F-Jugend des SV Germania 08 bei einem Turnier im tschechischen Roudnice. Sie belegten mit zwei Mannschaften den 2. und 3. Platz.

Herr Oberbürgermeister Kuras lud zum Leopoldsfest ein, welches vom 1.-3. Juli 2016 stattfindet. Die Eröffnung findet am Freitag, um 18.00 Uhr, auf dem Markt statt. Der Umzug wird wie gewohnt am Sonntag, dem 3. Juli 2016, ab 12.30 Uhr, von der Museumskreuzung beginnen. Er hofft auf eine rege Teilnahme der Stadträte und bemerkte, dass die Schärpen abgeholt werden können. Des Weiteren verwies er darauf, dass insgesamt 11 Personen aus den Partnerstädten Ludwigshafen, Ibbenbüren und Roudnice zu Gast sind und die Straße der Partnerstädte ein Projekt der Auszubildenden der Stadtverwaltung ist.

Am 15. Juli 2016 wird eine 20-köpfige Abordnung aus unserer österreichischen Partnerstadt Klagenfurt erwartet. Anlässlich des 45-jährigen Bestehens dieser Städtepartnerschaft werden die Gäste von Frau Bürgermeisterin Nußbeck im Rathaus emp-

fangen und anschließend von Herrn Hans-Georg Otto durch die Stadt geführt. Im August 2016 wird es eine Bürgerreise nach Klagenfurt geben.

Amt für Kultur und Referat Sportförderung:

Vom 26. bis 29. Mai 2016 konnte im Rahmen des StadtLesens wieder auf dem Marktplatz geschmökert werden. Nach einem verhaltenen Auftakt beim StadtLesen waren die Veranstaltungen und Lesungen am Wochenende gut bis sehr gut besucht.

Beim diesjährigen Seifenkistenrennen gingen 79 Teams an den Start. Kinder und Jugendliche hatten Freude und Spaß bei den sportlichen Wettkämpfen. Bezüglich der Kritik zur Sperrung der Bahnhofsbrücke verwies Herr Oberbürgermeister Kuras darauf, dass das Vergnügen für die Kinder und Jugendlichen das wert ist.

Am 27. Mai 2016 fand im Paul-Greifzu-Stadion wieder das internationale Leichtathletikmeeting statt. In 13 Disziplinen gaben sich Deutsche Meister, Kontinentalsieger, Europa- sowie Weltmeister und Olympiasieger die Ehre und lieferten spannende Wettkämpfe um Zeiten, Weiten und Höhen. Es war eine sensationelle Stimmung im Stadion. Mehr als 5.000 Zuschauer brachten die Athleten zu sehr guten Leistungen. Eine Weltjahresbestleistung im Diskuswerfen der Männer konnte erzielt werden. Olympianormen wurden in folgenden Disziplinen erreicht: 800 Meter der Frauen, 3.000 Meter der Männer, Speerwurf der Männer und Dreisprung der Frauen.

Abschließend sprach Herr Oberbürgermeister Kuras die Einladung zum 10. Elbeba-defest am kommenden Sonntag, dem 26. Juni 2016, aus. Zwischen Kornhaus und Leopoldshafen findet wieder das große Familienfest mit vielen attraktiven Angeboten am und auf dem Wasser statt. Der KIEZ e. V. und die Stadtverwaltung sind Ausrichter dieser Veranstaltung. Er dankte den Initiatoren.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 25.05.2016 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:30 Uhr

Herr Swen Behrendt, Pappelgrund 30, 06847 Dessau-Roßlau, bezog sich auf die Geschäftsordnung der Stadt Dessau-Roßlau, § 15 Sitzungsniederschrift. Unter Punkt c ist angegeben: „Vermerk darüber, welche Stadträte verspätet erschienen sind oder die Sitzung vorzeitig oder wegen Befangenheit vorübergehend verlassen haben, wobei ersichtlich sein muss, an welchen Abstimmung und Wahlen diese Stadträte teilgenommen haben.“

Er verwies darauf, dass jede Niederschrift Auskunft über die fehlenden Mitglieder gibt. Damit ist ersichtlich, wie viele stimmberechtigte Mitglieder maximal anwesend sind. Dazu kommt die Stimme des Oberbürgermeisters. Jedoch ist in keiner Nieder-

schrift angegeben, wer zu spät kam, wer den Saal verlassen hat und wer bei welchen Abstimmungen nicht anwesend war. Als Beispiel nannte er die Sitzung am 09. Dezember 2015, in der 4 Stadträte fehlten und einschließlich des Oberbürgermeisters 47 stimmberechtigte Mitglieder aufgeführt sind. Das Abstimmungsergebnis im Protokoll schwankt zwischen 41 und 46 Stimmen, 47 Stimmen sind hingegen nie erreicht worden, was aber irgendwann einmal so gewesen sein muss. Deshalb gehe er davon aus, dass ein Mitglied des Stadtrates nicht an den Abstimmungen teilgenommen hat. Der § 54 des Kommunalverfassungsgesetzes sagt aus, dass die ehrenamtlichen Mitglieder der Vertretung verpflichtet sind, an der Sitzung, Abstimmung und Wahl teilzunehmen. Mindestens ein Vertreter ist hier seiner Pflicht aber nicht nachgekommen. Er fragte, wer seiner Pflicht nicht nachgekommen ist, was irgendwo dokumentiert sein müsste. Keine im Ratsinformationssystem einsehbare Niederschrift entspricht den Vorgaben der Geschäftsordnung. Er, Herr Behrendt, hat im Büro des Stadtrates die Unterlagen eingesehen und festgestellt, dass es keine Anhänge gibt, wo das vermerkt ist. Das Abstimmungsergebnis ist das Wichtigste, was von den hier Anwesenden erbracht wird. Darauf begründen sich Millionen Ausgaben und erhebliche Konsequenzen für die Stadt.

Wenn die Abstimmungsergebnisse nicht korrekt erfasst und korrekt zustande gekommen sind, stellt sich die Frage, ob die Beschlüsse überhaupt wirksam sind und ob das jemandem schon einmal aufgefallen ist.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, sagte eine Prüfung und künftige Beachtung zu.

Es gehe nicht nur um das Künftige, sondern auch darum, was schon gelaufen ist, entgegnete **Herr Behrendt**. Er fragte, wenn die Abstimmungen nicht richtig sind, ob die Beschlüsse dann wirksam sind.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Kathrin Winter, Wäschkestraße 2, Dessau-Roßlau, verwies auf die Einwohnerfragestunde des Stadtrates am 28.10.2015, in der angefragt wurde, ob die schriftlich erteilten Antworten auch für die Allgemeinheit über die Niederschriften bekanntgegeben werden können. In der Sitzung wurde seitens des Stadtratsvorsitzenden, Herrn Ehm, gesagt, dass das prinzipiell möglich ist. In der nächsten Sitzung führte Herr Ehm aus, dass es eventuell datenschutzrechtliche Gründe mit der Anschrift des Fragenden gibt, die noch geprüft werden. Da der fragende Bürger mit Sicherheit eine Antwort erhalten hat, aber diese Antworten nicht öffentlich sind, stellte sie die Frage, was der Veröffentlichung entgegensteht.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, verwies auf diesbezügliche Datenschutzgründe und sagte eine schriftliche Antwort zu.

Weitere Anfragen seitens der Bürger wurden nicht vorgebracht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Personalreport der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2015 Vorlage: IV/019/2016/II-10

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte die Frage, ob es neue Erkenntnisse bezüglich der Erarbeitung eines Personalentwicklungsplanes gibt.

Im Ergebnis eines am 09. Juni 2016 durchgeführten Workshops in der Verwaltungsspitze wurden Vereinbarungen zur weiteren Vorgehensweise getroffen, entgegnete **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**. In den nächsten Monaten wird die Aufstellung eines Arbeitsplanes erfolgen. Die nächste Führungskräfteklausur findet am 27./28. Oktober 2016 mit den Amts- und Referatsleitern zur Erarbeitung von Leitlinien, der Führung und der Zusammenarbeit statt. Darüber hinaus ist beabsichtigt, bestimmte Personalentwicklungsmaßnahmen zu definieren. In einem weiteren Schritt werden die Abteilungsleiter einbezogen.

Im Prozess der Partizipation sollen sich die Mitarbeiter mit diesen Führungsleitlinien und Leitlinien der Zusammenarbeit auseinandersetzen. Dazu wird eine Arbeitsgruppe ausgeschrieben für die sich die Mitarbeiter, über bestimmte Kriterien, bewerben können. Über den Fortschritt wird in den Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses berichtet. Der Personalrat wird jetzt umfassend über die Arbeitsweise und das Vorgehen in Kenntnis gesetzt. Bis zum Jahresende wird zumindest ein Entwurf des Konzeptes vorliegen.

Der Personalreport wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Storz, 2. stellv. Stadtratsvorsitzende und Mitglied der SPD-Fraktion, verließ den Sitzungsraum und nahm an der weiteren Verhandlung der Sitzung nicht teil.

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass Herr Dr. Melchior neuer Vorsitzender der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen ist. Er verwies des Weiteren darauf, dass in diesem Tagesordnungspunkt keine Personalangelegenheiten angesprochen werden können, da er ansonsten in Form von Ordnungsrufen einschreiten müsste.

Herr Hoffmann, 1. stellv. Stadtratsvorsitzender und Mitglied der Fraktion Die Linke, ging auf den Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung am 10. Juni 2016: „Marodes Grabensystem – Dessauer in Angst vor dem Hochwasser“ ein. Infolge des Hochwasserereignisses 2013 hatte er im Stadtrat Ausführungen getätigt, weil das Wassermanagement im Bereich Bruchgraben/Wallwitzsee/Elbe und vor allem im Georgengarten, Mängel hatte. Es wurde einiges gemacht, jedoch lasse der Artikel vermuten, dass es nach wie vor Bedarf gibt, sich diesem Gebiet zu widmen. Da in diesem Artikel auch auf die Prüfung durch die Stadtverwaltung verwiesen wird, stellt

sich die Frage, inwiefern dort Prüfungen erfolgt sind und welche Konsequenzen absehbar sind, was das Management der Wasserströmungen in diesem Bereich betrifft. Da der Verfasser des Artikels in der Ziebigker Straße wohnt, könne vermutet werden, dass das Management der Wasserregulierung viel weiter reicht als bis in das unmittelbare Umfeld des Georgengartens. Die im Stadtrat bereits beschlossenen Dokumente müssten im entsprechenden Ausschuss bzw. im Stadtrat fortgeschrieben werden.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, entgegnete, dass die im Artikel angesprochenen Informationen aufgenommen und geprüft werden. Allerdings ist bis jetzt der Zusammenhang von dem Sickerloch und dem derzeitigen Zustand im Beckerbruch mit der Überflutung und der Überflutungsgefahr im Keller noch nicht ganz klar. Die von Herrn Hoffmann damals getätigten Anregungen sind umgesetzt worden, so dass die Durchlässe und Schleusen gangbar und gesichert sind und das Grabensystem eigentlich funktioniert. Es müssen nähere Untersuchungen erfolgen, da auf dem ersten Blick nichts erkennbar war, was eine Überschwemmung verursachen könnte. Das benannte Datum war allerdings der Tag der schweren Niederschläge, wo viele Kanalsysteme überfordert waren.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte dar, er sei von Bürgern angesprochen worden, dass bei dem Starkregenereignis am Friederikenplatz das Wasser von der Straße in den Keller eines Hauses geflossen ist. Die Ursache waren verstopfte Gullis. Die Stadtverwaltung hat zwar reagiert und Leute geschickt, aber ein Mitarbeiter des Stadtpflegebetriebes hat darauf verwiesen, dass früher 3 Mal im Jahr die Gullis gereinigt wurden und jetzt nur noch einmal eine Reinigung stattfindet. Da die Fahrzeuge reduziert wurden, wird das in diesem Umfang nicht mehr geschafft. Er, Herr Otto, sei für Sparmaßnahmen und einen ordentlichen Einsatz der Kräfte, aber die Dinge müsse bedarfsgerecht gemacht werden. Er bat um Prüfung, ob an solchen neuralgischen Punkten nicht öfter eine Gullireinigung durchgeführt werden kann.

Bezüglich der angesprochenen Grundwasserproblematik verwies Herr Otto weiterhin darauf, dass Herr Hantusch vor Jahren in einer Zusammenkunft mit Dessauer Betrieben zugesagt hat, mit den Dessauer Bodengutachtern eine Veranstaltung durchzuführen und deren Wissen für die ganze Frage des Grundwassermonitorings zu nutzen. Diese Zusammenkunft wurde nicht durchgeführt. Da diese Leute aber über Wissen verfügen, weil sie vor Ort tätig sind, regte er an, dass seitens des zuständigen Beigeordneten, oder vom Tiefbauamtsleiter, das noch einmal aufgegriffen wird.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, merkte an, dass er am 26.05.2016 mit seinem Fraktionskollegen Herrn Pietzsch und Herrn Beigeordneten Krause gemeinsam mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen im Johannisviertel unterwegs war. Dort wurden einige Stellen gezeigt, die er für sehr bedenklich hält, gerade was die Wegkreuzungsmöglichkeiten betrifft. So gibt es bspw. vor der Seniorenresidenz in der Ferdinand-von-Schill-Straße keinen abgesenkten Bordstein. Wenn dort ein Krankentransport vorfahren muss, könne mit einem Rollstuhl nicht direkt herangefahren werden. Ein Mensch mit Gehbehinderung, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist, muss bereits im Bereich der Kavalierrstraße, wo die Ferdinand-von-Schill-Straße endet, entscheiden, welche Straßenseite er benutzt, damit eine Möglichkeit besteht, in Richtung Kaufland oder Bahnhof zu kommen. Da auch im Rahmen der jetzigen Sanierungsmaßnahmen an den neuralgischen Kreuzungspunkten keine Absenkung der

Bordsteine in der Gestalt vorgenommen wurde, dass ein Rollstuhlfahrer alleine die Straßen queren kann, bat er um eine diesbezügliche Prüfung.

Frau Benkenstein, Fraktion AfD, verwies auf die im Offenen Kanal laufende Sendung zum Thema Rehsumpf, in der sich zwei Damen über den anstehenden Abriss unterhalten. Da einige Bürger den Rehsumpf erhalten möchten, bat sie die Verwaltung darum, vielleicht doch Teile zu erhalten, da für den Abriss auch Gelder zur Verfügung gestellt werden müssen. Wenn das nicht möglich ist, sollten die Bürger aufgeklärt werden. Es sei lohnenswert sich das anzusehen, da es sich um ein Denkmal handelt und Herr Junkers hier gelebt hat.

Der Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, Herr Bekierz, hat sich eingehend mit diesen Dingen befasst und wird eine entsprechende Beschlussvorlage für die Dienstberatung des Oberbürgermeisters erarbeiten, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Wenn sich das Gremium dieser Vorlage anschließen kann, wird eine Behandlung im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erfolgen.

Frau Müller, SPD-Fraktion, ging auf ihre in der letzten Sitzung des Stadtrates gestellte Frage zur Aufstellung von Papierkörben im Lorkpark und im Tiergarten ein. Sie dankte Frau Moritz vom Stadtpflegebetrieb für die Beantwortung mit der sie jedoch nicht zufrieden ist, da finanzielle Gründe für das Nichtaufstellen der Papierkörbe aufgeführt werden. So werde bspw. jemand gebraucht, der die Papierkörbe entleert. Da das im Tiergarten links und rechts vom vielbefahrenen Weg liegende Papier auf Touristen nicht den besten Eindruck macht, stellte sie die Frage, ob es nicht besser ist, etwas Geld für die Leerung der Papierkörbe auszugeben, als dass ein Ruf als schmutzige Stadt entsteht.

Über den Haushalt entscheidet der Stadtrat und dieser weiß, dass der Haushalt unausgeglichen ist, erwiderte **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Wenn das dem gesamten Stadtrat wichtig ist, müssen an einer anderen Stelle die Gelder weggenommen werden.

Ergänzend führte **Herr Oberbürgermeister Kuras** aus, mitunter auch erschrocken zu sein, in welchem verwahrlosten Zustand sich manche Stellen in der Stadt befinden. Die einfachste Lösung wäre, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen Dreck gar nicht erst verursachen. In diesem Zusammenhang verwies er auf einen MZ-Artikel, ein Aufruf eines Stadtbezirksbeirates, die Dreckecken zu melden, damit dann der Druck auf die Stadt erhöht werden kann. Die Stadtpflege muss bei völliger Verschmutzung sicher etwas tun, aber es muss auch an die Bürgerinnen und Bürger appelliert werden, wenn wir ein besseres Außenbild abgeben wollen, mehr darauf zu achten, dass nicht Unrat oder Abfall überall hingeworfen wird.

8 Beschlussfassungen

8.1 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 220 "Ausstellungszentrum für das Bauhaus" - Änderung Geltungsbereich und Billigungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: BV/145/2016/III-61

Die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 wurden nach der Einwohnerfragestunde behandelt.

Beschluss:

1. Im Ergebnis des internationalen offenen zweiphasigen Realisierungswettbewerbes zum Neubau des Bauhaus Museums Dessau mit Freianlagen und Stellplätzen werden die Grenzen des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 220 „Ausstellungszentrum für das Bauhaus“ wie in der Anlage 1 zu dieser Vorlage bestätigt. Die zeichnerische Darstellung der Abgrenzung des Geltungsbereiches ist der Bekanntmachung der Beschlussfassung beizufügen. Der Entwurf des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 220 „Ausstellungszentrum für das Bauhaus“ und der Entwurf der Begründung werden in der Fassung vom 22.04.2016 gebilligt (Anlagen 2 und 3).
2. Die gebilligten Entwürfe des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 220 „Ausstellungszentrum für das Bauhaus“ und der dazugehörigen Begründung in der Fassung vom 22.04.2016 sind nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis: 42:01:00

8.2 Durchführung der frühzeitigen Beteiligung zum Bebauungsplan Nr. 168 A1 "BioPharmaPark Dessau" Vorlage: BV/147/2016/III-61

Beschluss:

1. Das beiliegende Informationsblatt (Anlage 3) zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 168 A1 „BioPharmaPark Dessau“ wird gebilligt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer öffentlichen Auslegung des Informationsblattes (Anlage 3) erfolgt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden wird parallel zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

8.3 Förderung und Entwicklung der flächendeckenden Breitbandversorgung für die Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: BV/197/2016/I-OB**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führte aus, dass die Breitbandentwicklung im Stadtnetz bisher eine Schwerpunktaufgabe der Datel, also eines städtischen Betriebes, ist. Über bundespolitische Impulse und Förderung zeichnet sich ab, dass ein Wettbewerb entstanden ist, der Fragen aufwirft. Auch aus der Diskussion im Ortschaftsrat Kleinkühnau wird deutlich, dass die Telekom und die Datel in einem Wettbewerb stehen. Er fragte nach der augenblicklichen Sachlage und was das konkret für die Datel in Dessau bedeutet.

Herr Oberbürgermeister Kuras ging auf das Verfahren ein und verwies darauf, dass sich die Förderbedingungen am Wettbewerb orientiert haben. Es sei dann offensichtlich zu einer Entscheidung gekommen, dass die Telekom dann das Vectoringverfahren anwendet, was Vor- und Nachteile hat. Der Vorteil dieses Vectoringausbaues ist, dass schnell die Zielstellung 50Mbit erreicht wird. Der Nachteil ist, dass dieses Verfahren schon jetzt absehbar in einiger Zeit veraltet sein wird. Der südlich der Elbe gelegene Stadtteil Dessau und einige Vororte werden derzeit von der Telekom im Regelausbau versorgt. Zu den restlichen Gebieten wird es eine Ausschreibung geben. In der letzten Stadtratssitzung am 25.05.2016 hatte der Breitbandberater, Herr Kramer, bereits Ausführungen getätigt. Darauf eingehend merkte Herr Oberbürgermeister Kuras an, dass in den letzten Monaten sehr stringent die 3 erforderlichen Schritte abgearbeitet wurden, um die Fördermittel zu sichern. Als erstes wurde eine Machbarkeitsstudie in Arbeit gegeben, die Ende Mai 2016 abgeschlossen wurde und als Anlage der Beschlussvorlage beigefügt ist. Inhalt dieser Machbarkeitsstudie ist eine Analyse des aktuellen Breitbandversorgungsstandes, welche Infrastruktur ist vorhanden, an welche Infrastrukturen kann man anknüpfen und welche Handlungsempfehlungen ergeben sich daraus. Es wurde dann eine Marktkonsultation durchgeführt, die im Wesentlichen die Darstellung des Marktversagens zum Inhalt hat. Fördermittel werden die Bundes- und die Landesregierung nur geben, wenn klar ist, dass der Wettbewerb einen weiteren Ausbau nicht hergibt. Das Marktversagen ist für einzelne Bereiche dokumentiert, insbesondere für die Bereiche der Gewerbestandorte und die unterversorgten Stadtteile. Weiterhin wurde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt, um die Reaktion des Marktes zu sehen und welche Firmen bereit sind, etwas zu machen. Das wurde am 14. Juni 2016 abgeschlossen. Im Ergebnis haben sich 8 Betreiber gemeldet und 6 davon haben ein Angebot abgegeben. Es wird so verfahren, dass die Ausschreibungen für 2 Lose vorbereitet werden. Das sind 18 unterversorgte Gewerbegebiete und die 11 Stadtgebiete: Roßlau, Sollnitz, Meinsdorf, Rodleben, Tornau, Neeken, Brambach, Rietzmeck, Bernsdorf, Streetz und Mühlstedt.

Für die Antragstellung der Bundes- und Landesfördermittel wird ein Stadtratsbeschluss benötigt. Vor allem wird das Modell, nach dem verfahren werden soll, benötigt. Es gibt zwei Modelle, die Wirtschaftlichkeitslücke und das Betreibermodell. Der Unterschied ist, dass bei dem Betreibermodell die Stadt auf eigene Kosten das Passivnetz baut und dann ein Netzbetreiber gesucht wird, der dieses Passivnetz pachtet.

D. h., die Stadt müsste selber bauen, selber Kredite für dieses Netz aufnehmen und die Reinvestition ist nicht unbedingt sicher, sondern hängt von der sogenannten Marktpenetration ab, die der Betreiber nachher hat. Das Betreibermodell, welches mehrfach innerhalb der Stadtverwaltung diskutiert wurde, ist mit Risiken und Nebenwirkungen behaftet, insbesondere für die Stadt. Die Wirtschaftlichkeitslücke sieht so aus, dass ein Netzbetreiber selbst das Netz finanziert, baut und betreibt und dann die sogenannte Wirtschaftlichkeitslücke ermittelt. Dafür werden dann Fördermittel durch die Stadt beantragt und von der Stadt auch ausgereicht.

Die Stadtverwaltung hat sich für das Modell der Wirtschaftlichkeitslücke entschieden. In dem Interessenbekundungsverfahren, welches durchgeführt wurde, gab es auch ein interessantes Ergebnis. So haben sich von den 6 infrage kommenden Betreibern 5 ebenfalls für das Modell der Wirtschaftlichkeitslücke entschieden, weil sie selbst die Netze betreiben und besitzen wollen.

Das zeitliche Vorgehen wird so sein, dass im Juli 2016 die Gespräche mit den 6 Interessenten geführt werden und im August ein EU-weites öffentliches Ausschreibungsverfahren stattfindet. D. h., dass sich an dieser öffentlichen Ausschreibung nicht nur die schon bekannten Interessenten beteiligen können, sondern z. B. auch Betreiber aus dem Ausland, was er jedoch für wenig wahrscheinlich hält. Bis Ende November wird die Auswertung der abgegebenen Angebote erfolgen. Im Anschluss ist ein Verhandlungsverfahren möglich, was eine Besonderheit darstellt, denn mit jedem einzelnen Bieter wird noch einmal ein Verhandlungsgespräch geführt. Den Zuschlag erhält derjenige, bei dem die Wirtschaftlichkeitslücke am kleinsten ist. Das ist die Philosophie des Fördermittelgebers. Etwa im ersten Quartal des nächsten Jahres soll es zu Entscheidungen kommen, so dass im Stadtrat dann eine Beschlussfassung zum Betreiber und zu den Konditionen erfolgt.

Im Aufsichtsrat der DVV wurde dieses Thema besprochen, weil die DVV sich auf jeden Fall an diesem Verfahren beteiligen sollte, weil sie bisher den Netzausbau erfolgreich, gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft, in der Stadt betrieben hat. Die Stadt hat hier natürlich neutral zu agieren. Er halte es aber für richtig und so hat es auch der Aufsichtsrat beschlossen, dass sich die Datel offensiv an dieses Verfahren beteiligt.

Herr Nierenberg von der **Datel** erhielt das Rederecht und erklärte, Herr Oberbürgermeister Kuras hat ausführlich dargestellt, wie sich die Situation in Dessau-Roßlau momentan zeigt. Der Stadtrat muss über die Art und Weise der Ausschreibung, also Wirtschaftlichkeitslücke oder Betreibermodell, entscheiden. Die Datel wird sich mit Hilfe der ausgewählten Technologie und mit der Aufstellung des Businessplanes bewerben. Zur derzeitigen Situation führte er aus, dass im Jahr 2014 das gesamte Stadtgebiet mit Glasfaser ausgebaut und ca. 18.000 Wohnungen erschlossen wurden. Die Telekom hatte sich rein eigenwirtschaftlich dazu entschlossen, diesen Bereich mit eigener Technologie zu überbauen. Die Datel liefert heute Bandbreiten bis 200 Mbit und rüsten auf 400Mbit auf. Die zum Einsatz kommende Vectoringtechnologie ermöglicht geringere Bandbreiten, als die von der Datel heute schon angebotenen Bandbreiten. Die Strategie ist nicht klar, weil eigentlich ein voll erschlossener Bereich von einem Unternehmen, was zum größten Teil in der Hand der Bundesrepublik ist, dort Geld investiert und die nicht erschlossenen Bereiche bleiben nach wie vor unterversorgt und müssen ausgeschrieben werden. Die Datel wird sich auf die

Breitbandausschreibung bewerben und mit einem bestmöglichen Angebot hoffen, dass sie den Zuschlag erhalten.

Beschluss:

1. Im Ergebnis der vorliegenden Machbarkeitsstudie beschließt der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau, den flächendeckenden Infrastruktur-Ausbau von Hochleistungsgeschwindigkeitsnetzen (NGA-Breitbandnetze - Next-Generation-Access) in den unterversorgten Gebieten der Stadt Dessau-Roßlau und deren Stadtteilen zu intensivieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dafür erforderliche Förderanträge beim Land Sachsen-Anhalt (Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung) und beim Bund (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) zu stellen. Der Ecktermin für die Beantragung der Bundesfördermittel ist der 29.07.2016.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbauplanung fortzuführen und die Ausschreibungen in zwei Losen (Stadtteil Roßlau und Ortschaften nördlich der Elbe sowie Kleutsch-Sollnitz / Gewerbestandorte insgesamt) vorzubereiten. Der Stadtrat folgt den Empfehlungen der Verwaltung, das Fördermodell Wirtschaftlichkeitslücke auszuschreiben, da dies in Summe vorteilhafter ist.
4. Die endgültige Umsetzung der Ausschreibungsverfahren soll erst begonnen werden, wenn die Bereitstellung der Fördermittel durch Bund und Land gesichert ist.

Abstimmungsergebnis: 41:01:00

**8.4 Entsendung eines Stadtrates in den Aufsichtsrat der DVV
Vorlage: BV/201/2016/II-30**

Der Stadtrat entsendet in den Aufsichtsrat der DVV Herrn Stadtrat Klaus Meier

Abstimmungsergebnis: 41:01:00

**8.5 Entsendung eines Stadtrates in den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Dessau
Vorlage: BV/202/2016/II-30**

In den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Dessau wird für die Gruppe der Stadträte auf Vorschlag der Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN Herr Stadtrat Thomas Präger entsandt.

Abstimmungsergebnis: 39:01:02

8.6 Neuwahl eines Vertreters der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg sowie eines Stellvertreters
Vorlage: BV/203/2016/III-61

Dem Vorschlag des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, eine öffentliche Abstimmung durchzuführen, wurde seitens des Stadtrates nicht widersprochen.

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt aus den eingereichten Wahlvorschlägen einen Vertreter sowie für den Fall der Verhinderung des gewählten Vertreters einen Stellvertreter als Mitglied in der Regionalversammlung Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.
2. Die Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wird über das Wahlergebnis informiert.

Gewählt wurden Herr Dirk Hofmeister als Mitglieder der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg sowie Herr André Schlecht-Pesé als dessen Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis: 40:01:01

8.7 Entlassung und Berufung eines vertretenden Mitgliedes für den Beirat für Stadtgestaltung
Vorlage: BV/151/2016/III-61

1. Herr Harald Trocha scheidet aus dem Beirat für Stadtgestaltung aus.
2. Herr Frank Rumpf wird als Vertreter des politischen Mitglieds Herrn Mehlhase für die CDU-Fraktion in den Beirat für Stadtgestaltung berufen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

8.8 Aufhebung der Anordnung der Umlegung "Bebauungsplangebiet Rotdornweg"
Vorlage: BV/139/2016/III-61

1. Der Beschluss des Stadtrates der Stadt Dessau vom 29.11.1995 (Beschluss-Nr. 272/95) über die Anordnung der Umlegung „Bebauungsplangebiet Rotdornweg“ wird aufgehoben.

2. Der Umlegungsausschuss der Stadt Dessau-Roßlau wird aufgefordert den Umlegungsbeschluss „Umlegung 131 Rotdornweg“ vom 26.03.1996 (Beschluss-Nr. 02/96) aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

8.9 Aufgabe der GU Waldstraße 15 in Roßlau **Vorlage: BV/191/2016/III-65**

Herr Grey, NPD, sprach den Bürgerinnen und Bürgern seinen Dank aus, die über Monate an insgesamt 22 Demonstrationen gegen das Asylheim gegenüber der Grundschule und gegen die volksfeindliche Politik in Deutschland teilgenommen haben. Auch wenn hier angeführt wird, dass die Unterkunft geschlossen werden soll, weil man sie angeblich nicht mehr benötigt, ist er sich sicher, dass die Situation eine andere wäre, wenn die Proteste der Bürger nicht in der Form stattgefunden hätten, denn, wie man am Beispiel der Stadt Köthen sehen kann, wird dort gerade eine ähnliche zentrale Unterkunft geplant. Die Invasionsströme werden, vor allem nach Deutschland und damit auch nach Dessau, nicht abreißen. Bereits im Mai 2016 sind schon mehr Fremde nach Deutschland eingereist, als im Monat des gleichen Vorjahres. Auch Frau Merkel hat darauf hingewiesen, dass eine neue Welle aus Afrika auf uns zukommen wird. Seine Partei werde sich weiterhin zuerst für die Interessen der angestammten Bevölkerung einsetzen. Angesichts von Vorfällen bspw. in und um den Dessauer Stadtpark ist er sich sicher, dass auch die Stimmen derjenigen, die heute noch „Juhu“ schreien, in absehbarer Zeit verstummen werden.

1. Die Vorhaltung einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende im ehemaligen Pflegeheim Waldstr. 15 in Roßlau, wird zum 30.06.2016 beendet.
2. Das Bettenhaus wird geschlossen, die vorhandene Ausstattung bei Bedarf anderweitig eingesetzt.
3. Der Sozialtrakt wird für Aufgaben der Jugendbetreuung und/oder andere soziale Aufgaben umgenutzt. Zu neuen Nutzungen und damit verbundenen erforderlichen Maßnahmen werden gesonderte Beschlüsse gefasst.

Es wurde um 17:25 Uhr eine 30 minütige Pause durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 39:00:03

8.10 Bewerbung des Mehrgenerationenhauses Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum um Aufnahme in das neue "Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus" ab 01.01.2017
Vorlage: BV/133/2016/V-40

An der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nahmen 34 stimmberechtigte Mitglieder teil, weshalb **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, zu mehr Disziplin aufrief.

1. Das Amt für Bildung und Schulentwicklung wird beauftragt, die Bewerbung des Mehrgenerationenhauses Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum um Aufnahme in das „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“ ab 01.01.2017 einzureichen.
2. Das Mehrgenerationenhaus ist in die kommunalen Planungen der Stadt Dessau-Roßlau zur Bewältigung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis: 33:01:00

8.11 Prüfung alternativer Standorte als Jugendfreizeiteinrichtung in Roßlau (Planungsraum 1)
Vorlage: BV/124/2016/V-51

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, verwies auf die zu Beginn der Sitzung ausgereichten Änderungen zur Beschlussvorlage, die einvernehmlich in der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses erarbeitet wurden. Neu hinzugekommen ist, dass der Standort Waldstraße, die jetzige Gemeinschaftsunterkunft, noch einmal in den ursprünglichen Prüfauftrag mit einbezogen wird und somit der Standort nach wie vor offen ist. Im Oktober werde das Prüfergebnis im Stadtrat vorgestellt, um dann zu einer endgültigen Entscheidung zum Standort zu gelangen.

Frau Benckenstein, Fraktion AfD, erklärte, dass es in der Beschlussvorlage nicht nur um die Standorte geht, sondern auch der Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten als zukünftiger Träger bestimmt werden soll.

Die Jugend braucht den Jugendclub. Die Fraktion ist aber nicht davon überzeugt, dass der Eigenbetrieb DEKiTa der richtige Träger ist, weil es für die Kindergärten, für Krippen, für die Kinder und Mütter viel zu tun gibt. Sie stellte die Frage, ob sich der Eigenbetrieb DeKiTa auch noch um diesen nicht einfachen Club kümmern soll. Da das Konzept aber für gut befunden wird, sollte der Eigenbetrieb DeKiTa infrage kommen. Jedoch werde die Fraktion genau hinsehen, damit die Eltern der Kinder in den Kindertageseinrichtungen nichts zu bemängeln haben.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, verwies vor der Abstimmung der Vorlage darauf, dass der ursprünglich ausgereichte Beschlussvorschlag komplett durch den heute ausgereichten Änderungsantrag ersetzt wird.

Beschluss in geänderter Form:

1.1 Der künftige Träger der neuen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung in Roßlau hält ab 01.07.2016 in einem Teil der Räume der ehemaligen Gemeinschaftsunterkunft (GU) in der Waldstraße ein offenes Angebot der Kinder- und Jugendhilfe vor. Die kurzfristige Realisierung kann nur unter Einbindung vorhandener personeller Ressourcen ermöglicht werden.

Die Verwaltung des Jugendamtes schlägt vor, dass diese zeitweise Unterstützung paritätisch aus dem Personal des kommunalen Jugendhilfeträgers, sowie aus dem Bereich der anerkannten freien Träger mit jeweils einer Stelle gesichert wird. Der neue Träger wird verpflichtet schnellstmöglich geeignetes Fachpersonal mit 1,75 VbE einzustellen.

1.2 Die Verwaltung wird beauftragt, neben dem Fliederweg als möglichen Standort zusätzlich die ehemalige GU in der Waldstraße als Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung und für eine Nutzung durch weitere Vereine Roßlaus zu prüfen. Dazu ist es notwendig, dass alle interessierten Vereine dem zentralen Gebäudemanagement (ZGM) bis spätestens 30.06.2016 ihren räumlichen sowie zeitlichen Bedarf mitteilen. Durch das ZGM sind bis zum 30.09.2016 die finanziellen Auswirkungen einer notwendigen Sanierung bzw. Umgestaltung des Objektes in der Waldstraße an Hand der gemeldeten Bedarfe festzustellen.

Nach Vorliegen eines schlüssigen Prüfungsergebnisses werden der JHA (18.10.2016) sowie der Stadtrat (02.11.2016) eine abschließende Beschlussfassung herbeiführen.

Zu einer eventuellen Nutzung von Räumen für eine Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung sind die Haushaltsmittel des ehemaligen Standortes Jugendtreff „Blitzableiter“ bereitzustellen. Die Finanzierung aller weiteren Räume obliegt nicht dem Etat der Jugendhilfe.

2. Als zukünftiger Träger der Einrichtung am neuen Standort wird der Eigenbetrieb Dessau Roßlauer Kindertagesstätten bestimmt.

3. Bis zur Standortentscheidung im Stadtrat und bis zur Fertigstellung der Baumaßnahmen an einem anderen Standort werden in der als GU, Waldstraße 15, vorgesehenen Räume für einen Jugendtreff als Übergangsvariante genutzt.

Abstimmungsergebnis: 38:02:02

8.12 Beitrittsbeschluss der Stadt Dessau-Roßlau zur Entscheidung des Landesverwaltungsamtes zum Wirtschaftsplan des Städtischen Klinikums Dessau 2016

Vorlage: BV/179/2016/V-SKD

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, legte dar, dass sie der Vorlage im Betriebsausschuss Städtisches Klinikum zugestimmt hat, weil zu diesem Zeitpunkt nur ein Eigenbetrieb bekannt war, in dem vom Landesverwaltungsamt mehr oder weniger reinregiert wird, obwohl die Eigenbetriebe und die Wirtschaftspläne Bestandteil des Haushaltsplanes der Stadt Dessau-Roßlau sind und weil diese Baumaßnahme dringend ist. Der Haushaltsplan der Stadt Dessau-Roßlau ist vom Landesverwaltungsamt ohne Beanstandungen genehmigt worden. Im Nachhinein kommen jetzt Hinweise zu 2 Eigenbetrieben. Beim Städtischen Klinikum geht es momentan um eine Verpflichtungsermächtigung. Da diesbezüglich gewisse Planungen angefangen haben müssen, stellt sich die Frage, ob niemand im Vorfeld festgestellt hat, dass hier die Voraussetzungen für die Verpflichtungsermächtigung, so wie es das Haushaltsgesetz vorschreibt, nicht vorhanden waren. Offensichtlich hat man das Städtische Klinikum in eine Falle laufen lassen, weshalb sie dazu eine Auskunft erbittet. Hinsichtlich der nach der Genehmigung des Haushaltsplanes vom Landesverwaltungsamt erteilten Beanstandungen für 2 Eigenbetriebe, erwartet sie, dass seitens des zuständigen Amtes vorher geprüft wird, wogegen verstoßen wird.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck berichtete Frau Ehlert dahingehend, dass die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe ausdrücklich von der Haushaltsgenehmigung der Stadt ausgenommen sind. In der Verfügung zum Haushalt steht, dass zu den Wirtschaftsplänen gesonderte Verfügungen ergehen. Selbstverständlich gab es im Vorfeld seitens des Finanzdezernates dazu Hinweise, dass das Beteiligungsmanagement der Auffassung ist, dass der Planungsstand noch nicht ausreicht, um Verpflichtungsermächtigungen zu begründen. Der Eigenbetrieb Städtisches Klinikum ist momentan auch selbst der Auffassung, dass sie dem beitreten können. Wenn der Planungsstand ein anderer wäre, hätten wir auch empfohlen, in Widerspruch zu gehen. Es besteht eine gemeinsame Einigkeit darüber, dass mit dem Beitrittsbeschluss umzugehen ist und dass in der Zwischenzeit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, dass mit dem Wirtschaftsplan 2017 auch diese Ermächtigungen begründet werden können.

Es wird beschlossen, der Verfügung des Landesverwaltungsamtes zum Wirtschaftsplan 2016 des Städtischen Klinikums Dessau (Az: 206.5.2-10210/de4skd/wp2016) beizutreten.

Diese beinhaltet:

„1. Von einer Beanstandung des Stadtratsbeschlusses der Stadt Dessau-Roßlau über den Wirtschaftsplan wird abgesehen.

2. Der genehmigungspflichtige Anteil in Höhe von 8.000.000 € des im Wirtschaftsplan festgesetzten Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigung für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird in voller Höhe versagt. Damit dürfen keine Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre eingegangen werden.“

Abstimmungsergebnis: 33:07:02

8.13 Bedingungen zur Schließung des Kindergartens in Kleutsch in 2019 Vorlage: BV/194/2016/StR

Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf den zu Beginn der Sitzung ausgereichten Änderungsantrag, zu dem eine Abstimmung zwischen den einreichenden Fraktionen und der Verwaltung stattgefunden hat.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bat darum, dass die Leiterin des Eigenbetriebes der Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten dazu Stellung nimmt, wie sich die Umsetzung der Beschlussvorlage auf den Eigenbetrieb auswirkt. Zu den ausgereichten Änderungen sollten Erläuterungen durch Herrn Beigeordneten Krause erfolgen.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung stellte nach Rücksprache mit den einreichenden Fraktionen den **Antrag**, an den letzten Satz des Punktes 3 des Beschlussvorschlages anzufügen: „**unter Beachtung des geltenden Betreuungsschlüssels (KiföG)**.“ Damit soll die Einsatzplanung der pädagogischen Kräfte sichergestellt werden, also die Geschäfte der Geschäftsleitung absichern.

Die **Leiterin des Eigenbetriebes DeKiTa, Frau Rach**, erhielt das Rederecht und legte dar, dass der Ortschaftsrat in Kleutsch bereits darüber informiert wurde, dass eine Standortverlagerung beabsichtigt ist. Zu den angeführten Punkten bestand Einverständnis. Die einzige Anmerkung betraf den Bereich Personal, dass natürlich nur im Rahmen des gelten KiföGs gearbeitet werden kann, weil ansonsten in Personalhoheiten eingegriffen werden würde, was zu einem Ungleichgewicht innerhalb der DeKiTa führen würde. Sie bat um Zustimmung zu dem von Herrn Beigeordneten Krause gestellten Änderungsantrag. Die seitens des Eigenbetriebes DeKiTa geleistete Zuarbeit wurde entsprechend berücksichtigt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bat den ergänzenden Einreicher zu begründen, warum diese Änderung anliegt. Im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erfolgte die Einigung darüber, diese Einrichtung nicht zu schließen, bevor die andere fertig ist. Bezüglich der Details, die jetzt noch einmal in untersetzender Weise vorgebracht wurden, stellt sich die Frage nach dem Vertrauen. Wenn es nötig ist, dass jeder Punkt erfasst wird, damit er nach der Öffnung der Einrichtung auch eingehalten wird, braucht er eine Erklärung. Die Faktion Die Linke ist auch Einreicher der Vorlage und nach wie vor für die Beschlussfassung.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, führte aus, dass die Beschlussvorlage durch zusätzliche Informationen aus den Fachausschüssen umfänglicher geworden ist. Für den Hinweis zur Beachtung des geltenden Betreuungsschlüssels dankte er Herrn Beigeordneten Krause, bat jedoch darum, dass die Kinder nicht aufgrund des Betreuungsschlüssels aus ihrem Umfeld herausgerissen werden.

Der **Änderungsantrag**, im Punkt 3 des Beschlussvorschlages „unter Beachtung des geltenden Betreuungsschlüssels (KiFöG)“ einzufügen, wurde mehrheitlich **angenommen** (36:00:06).

Geänderte Beschlussfassung:

Der Stadtrat stimmt der Schließung des Kindergartens in Kleutsch unter folgenden Bedingungen zu:

1. Die Schließung bzw. der Standortwechsel erfolgt nicht vor Eröffnung des Neubaus einer Kindertagesstätte am Standort Mildensee.
2. Die Schließung ist davon abhängig, ob es zu einem Neubau einer Kindertagesstätte in Mildensee kommt. Wenn es nicht zu einem Neubau in Mildensee kommt, ist der Gedanke der Schließung des Kleutscher Spatzennestes hinfällig.
3. Das Kleutscher Spatzennest wird zum Zeitpunkt der Schließung als Gruppe geschlossen nach Mildensee in die neue Einrichtung umgesetzt. Die Erzieherinnen bleiben als Bezugspersonen bei den Kleutscher Kindern, unter Beachtung des geltenden Betreuungsschlüssels (KiFöG).
4. Der Eigenbetrieb DEKITA wird bis zum Zeitpunkt der Schließung keinen Antrag auf einen Kindergartenplatz, basierend auf die aktuelle Betriebserlaubnis, in Kleutsch ablehnen. Die KITA Kleutscher Spatzennest bleibt, sofern eine Belegung von 8 Kindern gesichert ist, bis zum Neubau der KITA in Mildensee bestehen.
5. Der Eigenbetrieb wird notwendige Instandhaltungen durchführen, so dass der Betrieb bis zur Schließung fortgeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 41:00:01

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herrn Ehm**, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung, stellte Nichtöffentlichkeit her und verwies auf die Anwesenheit zweier Mitarbeiterinnen des Tourismusverbandes. Diese könnten zu der zur Behandlung anstehenden Beschlussvorlage bezüglich der WelterbeCard Erläuterungen geben. Seitens des Stadtrates bestand kein Widerspruch zum Verbleib der Mitarbeiterinnen im Sitzungsraum.

11 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den **Stadtratsvorsitzenden Herrn Ehm** um 18:18 Uhr beendet.

Dessau-Roßlau, 02.08.16

Lothar Ehm
Vorsitzender Stadtrat

Schrifführer